

10.03.2014
032a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



*Sperrfrist: Montag, 10. März 2014, 18.00 Uhr!
Es gilt das gesprochene Wort!*

Grußwort
des Vorsitzenden der Unterkommission für die religiösen
Beziehungen zum Judentum der Deutschen Bischofskonferenz,
Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff (Aachen),
bei der Begegnung zwischen Vertretern der Kirchen und Rabbinern
am 10. März 2014 in Kiel

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrte Frau Präses Schwaetzer,
verehrte Herren Bischöfe und Rabbiner,
meine Damen und Herren,

Religion ist ein Streitthema in Europa. Aber das ist nicht neu. Religionspolitische Konflikte begleiten die Geschichte Europas seit vielen Jahrhunderten. Ich erinnere nur an den Streit zwischen Papst und Kaiser im Mittelalter, die Vertreibung und Ermordung der Juden während der Kreuzzüge und später, die Konfessionskriege, die vor allem Deutschland nach der Reformation verwüsteten, die scharfen Auseinandersetzungen zwischen Kirchen und Staat während und nach der Französischen Revolution oder den Kampf um die Judenemanzipation im 19. Jahrhundert. Diese Liste religionspolitischer Konflikte ließe sich bis in die aktuellen Debatten um den Islam mühelos fortsetzen.

Seit einigen Jahren werden diese Konflikte vor allem vor Gerichten ausgetragen. Gerichtssäle sind zu Bühnen religionspolitischer Debatten geworden. Die Einzelfälle sind bekannt: das Anbringen von Kreuzen in bayerischen oder italienischen Klassenräumen, die Beschneidung von Jungen in Deutschland, das Schächten von Tieren in Polen oder der Streit um das islamische Kopftuch in Frankreich. In den zitierten Beispielen geht es nicht nur um den konkreten Rechtsfall. Es geht immer auch um die Rolle der Religion und der Religionsgemeinschaften, die in den Einzelfällen jeweils neu justiert wird.

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103 -0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Was die gegenwärtigen religionspolitischen Debatten von denen der Vergangenheit unterscheidet, sind die veränderten Konfliktlinien. Die Debatten werden nicht mehr zwischen den Vertretern unterschiedlichen Konfessionen und Religionen, nicht zwischen Katholiken und Protestanten oder Christen und Juden ausgetragen. Die Debatten verlaufen heute zwischen den religiösen und den säkularen Bürgern Europas.

Europa ist der Kontinent, der am stärksten säkularisiert ist. Nirgendwo sonst auf der Erde – vielleicht mit Ausnahme Chinas – ist die Zahl derer, die keiner Religionsgemeinschaft angehören und für die Religion keine Rolle im Alltag spielt, so hoch wie in Europa, auch wenn es im Grad der Säkularisierung deutliche Unterschiede zwischen Ländern wie Malta und Portugal einerseits und Tschechien und den skandinavischen Staaten andererseits gibt.

Der säkulare Blick auf die Religionen ist meist unfreundlich. Er meint in religiösen Praktiken und Symbolen ein Gewaltpotenzial zu entdecken, vor dem es sich und andere zu schützen gilt. Da wird die Beschneidung von Jungen schnell mit Kindesmissbrauch, das Schächten mit Tierquälerei, das Kopftuch mit der Unterdrückung der Frau oder das Kreuz mit klerikalem Machtanspruch gleichgesetzt. Religion gerät so unter den Generalverdacht, Freiheit und Demokratie zu gefährden. Der amerikanische Religionssoziologe José Casanova hat treffend von der „Angst Europas vor der Religion“ gesprochen.¹ Natürlich gibt es auch bei uns fundamentalistische Gruppen. Aber ein Nährboden fundamentalistischer Religiosität ist Europa wahrlich nicht. Auch die jüngere Geschichte liefert keine Beweise dafür, dass Religionen die Demokratie gefährden und säkulare Denk- und Lebensweisen sie stützen. Waren es nicht gerade säkulare politische Ideologien wie Faschismus und Kommunismus, die die liberalen Demokratien zerstört, Kriege entfesselt und Konzentrationslager errichtet haben? Die Lehre aus den religiösen Konflikten der Vergangenheit lautet deshalb nicht Säkularismus, sondern Religionsfreiheit. Nur die Freiheit, sich eine religiöse Überzeugung zu bilden und seinen religiösen Überzeugungen gemäß allein und in Gemeinschaft zu leben oder auch keiner Religion anzugehören, garantiert das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher religiöser oder säkularer Überzeugungen. Diese Freiheit zu garantieren, ist gewiss Aufgabe des Staates und der Rechtsprechung. Doch es ist auch unsere Aufgabe, die Aufgabe der Bürger Europas, die Freiheitsrechte bewusst und entschlossen wahrzunehmen. Ich wünsche mir, dass Juden und Christen selbstbewusst und gemeinsam für ihre Freiheit eintreten. Wir haben keinen Grund, uns unserer religiösen Überzeugungen zu schämen. Stolz ist zwar keine christliche Tugend, Mut jedoch schon.

Unser Engagement für Europa darf sich nicht in der Verteidigung der Religionsfreiheit erschöpfen, so wichtig sie auch ist. Auch uns gilt heute das Wort, das der Prophet Jeremia einst an die Exilgemeinde in Babylon gerichtet hat: „Bemüht euch um das Wohl der Stadt (...) und betet für sie zum Herrn; denn in ihrem Wohl liegt euer Wohl.“ (*Jer 29,7*) Wir dürfen uns nicht ins Privatleben, nicht in unsere Familien und Gemeinden zurückziehen. Die

¹ J. Casanova, Europas Angst vor der Religion, Berlin (University Press) 2009.

biblische Tradition, aus der wir – Juden und Christen – leben, verpflichtet uns, nicht nur für unser Wohl, sondern für das Wohl der ganzen Stadt einzutreten. Zu dieser Stadt gehören übrigens auch die, die uns fremd sind, mit denen wir wenig gemeinsam haben und mit denen wir gelegentlich auch im Streit liegen.

Doch was können wir zum Wohl Europas beitragen? Europa ist mehr als eine Freihandelszone. Ich will die wirtschaftliche Einheit, den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen, die gemeinsame Währung und die Freizügigkeit keineswegs gering schätzen. Sie haben uns einen Wohlstand beschert, um den uns viele auf dieser Welt beneiden. Doch am Beginn der europäischen Einigung stand die Vision einer besseren Welt. In den vergangenen Jahrzehnten ist es gelungen, nach Jahrhunderten des Krieges und vermeintlicher Erbfeindschaften einen dauerhaften Frieden zu stiften und zu festigen. Das ist wahrlich nicht wenig. Ich kann hier mitreden. Mein Großvater ist im Ersten Weltkrieg in Frankreich gefallen und mein Vater wurde im Zweiten Weltkrieg in Rumänien vermisst. Frieden und Freiheit sind für uns heute gottlob selbstverständlich. Die Begeisterung für Europa aber ist weitgehend geschwunden. Eine Vision für die Zukunft Europas scheint aus den europapolitischen Debatten verschwunden zu sein. Heute dominiert in der Öffentlichkeit das Bild einer Brüsseler Technokratie, eines Europas der Banken und der Eliten. Da ist es nicht verwunderlich, dass die Stunde der euroskeptischen Populisten schlägt, die uns den Weg zurück in den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts als Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts empfehlen. Diese politische Nostalgie ist keineswegs unschuldig. Sie geht einher mit Fremdenfeindlichkeit, der Verachtung von Minderheiten und der Aufkündigung von Solidarität.

Die Gründungsväter des europäischen Einigungsprozesses – Schumann, Monnet, de Gasperi oder Adenauer – kannten aus eigener, schmerzvoller Erfahrungen die Irrwege des Nationalismus. Ihre Vision eines geeinten Europas war nicht nur wirtschaftlich, sondern auch christlich motiviert. Ich frage mich, ob wir uns als Juden und Christen nicht stärker in die europapolitische Debatte einmischen müssten. Müssten wir nicht unsere prophetischen Traditionen, unsere Vorstellungen von Freiheit und Gerechtigkeit selbstbewusst in diese Debatte einbringen? Wäre es nicht unsere Aufgabe, über eine gerechte und solidarische Gestaltung Europas nachzudenken? Müssten wir nicht für ein Europa streiten, das sich nicht auf sich selbst zurückzieht und sich nicht gegen andere abschottet, wie wir es auf Lampedusa und anderenorts immer wieder erleben? Müssten wir nicht für ein Europa eintreten, das seine Verantwortung für die Entwicklung Afrikas wahrnimmt, – und nicht zuletzt für ein Europa, das sich seiner Verantwortung für Israel und für eine Lösung des Nahostkonflikts stellt?